

*Pressemitteilung von Landesstudierendenvertretungen und dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.:*

Studierende bundesweit schlagen Alarm:

Keine weiteren Erhöhungen für unser Semesterticket! Geplante Preissteigerung beim Deutschlandticket bedroht deutschlandweite Studierendenmobilität

Auf der Sondersitzung der Verkehrsministerkonferenz am 18. September wurde beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2026 der Preis des Deutschlandtickets **von 58 auf 63 Euro steigen** soll. Nach der ersten Preiserhöhung zu Beginn dieses Jahres wird der Preis damit innerhalb weniger Monate erneut erhöht, obwohl der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD eine Erhöhung ab frühestens 2029 ankündigte

(https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, Zeile 883). Für Studierende hat dies eine dramatische Konsequenz: Auch das **deutschlandweite Semesterticket** wird teurer.

Studierende trifft die Preissteigerung mit voller Wucht. „Viele Studierende stehen finanziell bereits jetzt mit dem Rücken zur Wand. Während staatliche Unterstützungsleistungen, wie das BAföG, seit Jahren nicht mit der Lebensrealität Schritt halten, werden bei der studentischen Mobilität die Preise munter weiter erhöht. Das ist kein Konzept für die Zukunft, sondern ein Schlag ins Gesicht der Studierenden“, warnen die Landesstudierendenvertretungen.

Landesstudierendenvertretungen und der freie Zusammenschluss von student*innenschaften e.V. (kurz: fzs) kritisieren die geplante Preiserhöhung aufs Schärfste und fordern:

- **Sofortiges Einfrieren des Ticketpreises** für Studierende auf Basis der 58-Euro-Variante, um kurzfristig finanzielle Stabilität zu sichern
- **Preisentkopplung** vom Deutschlandticket: Das Semesterticket muss unabhängig kalkuliert werden
- **Langfristige Preisstabilität** durch einen sozialverträglichen, gerechten Beitrag für Studierende

„Die Studierenden sind am Limit! Wieder eine Preissteigerung von diesmal 18 Euro pro Semester ist schlicht inakzeptabel und **gefährdet das Fortbestehen des deutschlandweiten Semestertickets**. Wenn nicht sofort gehandelt wird, bricht dieses Modell zusammen“, warnt der fzs. „Die Politik muss endlich erkennen, dass Mobilität für uns kein Komfort, sondern ein Studienfaktor ist“, betonen die Landesvertretungen, „Studierende pendeln täglich zu Lehrveranstaltungen, zu Nebenjobs, zu Praktika. Wenn der Zugang zum Nahverkehr unerschwinglich wird, verschlimmert sich die **Chancengleichheit im Bildungsbereich** erheblich.“, so die Landesstudierendenvertretungen weiter.

Preisschock für Studierende:

Bisher zahlen die Studierenden in den meisten Bundesländern monatlich 34,80 Euro für das deutschlandweite Semesterticket – fällig in einer Vorauszahlung von 208,80 Euro pro Semester. Mit der geplanten Erhöhung steigt der Beitrag auf 37,80 Euro monatlich bzw. 226,80 Euro pro Semester. Das bedeutet eine **Mehrbelastung** von 18 Euro bei gleichbleibender, in vielen Bundesländern durch miserable Infrastruktur, schlechter Leistung. Insgesamt betrachtet, macht der Betrag von 226,80 Euro pro Semester an vielen Universitäten und Hochschulen bereits 2/3 des gesamten Sozialbeitrages aus und lässt die Semesterbeiträge vielerorts auf über 400 Euro steigen. Weil das deutschlandweite Semesterticket für alle Studierenden, deren Studierendenschaft einen Vertrag für das Solidarmodell abgeschlossen haben, verpflichtend zu zahlen ist, könnte dies auch als eine **versteckte Studiengebühr** verstanden werden. Auch in Bundesländern mit eigenen Modellen und Preisgestaltungen stoßen die drastischen Preiserhöhungen auf Unverständnis. Die Möglichkeit einer freiwilligen und kündbaren Ticketgestaltung bleibt dort jedoch ein wichtiger und wünschenswerter Bestandteil.

„Für viele Studierende hat bereits der aktuelle Betrag die **absolute Schmerzgrenze** überschritten. Schon die letzte Preiserhöhung um über 30 Euro war für Studierende kaum zu stemmen, doch die erneute Erhöhung um nun 18 Euro reißt wieder einmal ein großes Loch ins ohnehin knappe Budget. Das können wir nicht akzeptieren“, so der fzs. Einige Hochschulen haben bereits zu Beginn des kommenden Wintersemesters den Vertrag für das deutschlandweite Semesterticket gekündigt. „Wenn nicht umgehend gehandelt wird, werden noch weitere Studierendenschaften bundesweit aus dem Deutschland-Semesterticket aussteigen. Das wäre das unmittelbare Aus des deutschlandweiten Semestertickets“ mahnen die Landesstudierendenvertretungen.

„Mobilität darf niemals Luxus werden!“

Das deutschlandweite Semesterticket gilt als Erfolgsgeschichte: Es verbindet Studierende bundesweit, erleichtert die Teilnahme am Studium und leistet einen wichtigen Beitrag zur **klimafreundlichen Mobilität**. Mit den aktuellen Beschlüssen droht dieser Fortschritt jedoch zunichtegemacht zu werden. „Wenn Mobilität für Studierende unbezahlbar wird, verlieren wir nicht nur ein wichtiges sozialpolitisches Instrument, sondern auch ein Stück Bildungsgerechtigkeit. Mobilität darf niemals Luxus sein - sie ist eine der Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Studium“, betont der fzs. Auch die ab 2027 angekündigte Preisautomatik, die jährliche Erhöhungen vorsieht, ruft massiven Widerstand hervor. „Wir brauchen endlich verlässliche Rahmenbedingungen. Anstatt junge Menschen zu entlasten, schiebt man ihnen neue Kosten zu – und das ausgerechnet im Bildungsbereich.“, so Landesstudierendenvertretungen und fzs.

Vor diesem Hintergrund richten der fzs und die Landesstudierendenvertretungen gemeinsam einen dringenden Appell an Bund und Länder, die Finanzierung des ÖPNV nicht weiter auf die

Studierenden abzuwählen: „Wir fordern ein sofortiges Einfrieren des Ticketpreises auf 58 Euro und eine langfristige, sozial gerechte Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs. Denn wenn die Kosten weiter steigen, verlieren wir nicht nur ein Ticket – sondern ein großes Stück Chancengleichheit.“

Unterzeichner*innen:



Bayerischer
Landesstudierendenrat



Landes
ASten
Konferenz
Bremen



Landes Asten Konferenz Schleswig-Holstein



Rückfragen können gestellt werden an:

Landesstudierendenvertretungen: landesvertretungen@lists.fzs.de

fzs Vorstand: +49 15116807671 (Katharina Rummenhöller) oder vorstand@fzs.de